

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

24 (4.5.1946)

Organisation
ermittelt
Kommission
Berufung
Zone
Balken
terium
wird
sich
entweder
alle
Dinge
verfassen
sich
Haupt
vereine
und
gliedern
Sonder
sich
wird
wider
mit
fort
in
stiltlich
als
konf
organisi
Publikat
öffentliche

Verlag: Badendruck GmbH.
Karlstraße 10-12, Tel. 4051/53.
Erscheinungsweise: 3mal wöchentlich, Bezirksausgaben für Pflanzschulen, 10 und 15 für Schulen (siehe Schönborn- u. Wilderichstr.)



BADISCHE NEUESTEN NACHRICHTEN

1. Jahrgang Karlsruhe, Samstag, 4. Mai 1946 Nummer 24

Einzelverkaufspreis 20 Pfg.
Monatlich: Bezugspreis RM 2,20, durch die Post bezogen RM 2,50, zuzüglich RM 0,36 Zustellgebühr.
Anzeigenpreis: Die 10sp. Nonp-Zeile RM 2,- in Bezugsausg. RM 1,-. Amtl. Anz. die Hälfte.

Wichtige Anträge beim Länderrat

Stuttgart, 3. Mai (DANA). Der Länderrat, der am kommenden Dienstag seine 8. Sitzung abhält, wird sich wieder mit einer umfangreichen Tagesordnung zu befassen haben.

Vom Rechtsausschuss liegt ein Antrag auf Schaffung einer Verordnung über Anmeldung von Wiedergewinnungsansprüchen in den drei Ländern vor. Der Ausschuss für Finanz- und Kreditwesen beantragt ein gemeinsames Aufsichtsgesetz für Privatversicherer für den Bereich der amerikanischen Zone, das dem Länderrat unmittelbar unterstellt werden soll. Ein weiterer Antrag des gleichen Ausschusses bezieht sich mit dem Fräse der Grundsteuer bei total- und teilwirtschaflichem Grundbesitz.

Vom Ausschuss für zwerliche Wirtschaft liegen verschiedene Anträge über Einfuhr von feindmechanischen, optischen und ärztlichen Geräten aus der französischen Zone in die drei Länder der amerikanischen Zone, Außenhandel zwecks Aufrechterhaltung der notwendigen Produktion, allgemeine Erhöhung der Kohlepreise, Preisbildung, Errichtung eines Rheinfrachten-Ausschusses mit dem Sitz in Wiesbaden, vor. Ferner hat dieser Ausschuss einen Produktionsplan für das 2. Quartal 1946.

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft beantragt die Entlassung von Bauern, Knechten, Bauern und Knechten aus der Kriegsverweigerung. Außerdem soll die Kürzung der Brot- und Kaffeerationen bei Erhöhung der Fettzuteilung besprochen werden.

Ein Antrag, die Sperrstoffe wieder einzuführen, wird damit begründet, daß dadurch Felder, Obstgärten und Einbrüche leichter verhindert werden könnten. Strafen sind in einem weiteren Antrag gegen alle Gemeinden vorgeschrieben, die die Milchlieferung zurückhalten.

Außerdem des sozialpolitischen Ausschusses befaßt sich mit dem Fiskuswesen in den drei Ländern der amerikanischen Zone und mit einem vom Ausschuss bereits gebilligten Entwurf eines Gesetzes für Arbeitsverhältnisse.

Zur Rhein-Ruhrfrage

Minister, 3. Mai (DANA). Die Schaffung einer zentralen deutschen Regierung ist ein Gebot der Stunde, um eine von der Zonenenteilung unabhängige Regelung wirtschaftlicher, politischer und kultureller Fragen zu ermöglichen, heißt es in einer Entscheidung, die am 30. April auf der Eröffnungssitzung des westfälischen Provinzialrates angenommen wurde. Der Provinzialrat wende sich, so heißt es in der von der SPD im Namen aller Fraktionen eingebrachten Entscheidung weiter, entschieden gegen alle Bestrebungen, das Rhein- und Ruhrgebiet aus dem Bestand des deutschen Reiches zu lösen.

Die Zukunft des Ruhr- und Saargebietes

Paris, 3. Mai (DANA). Zwischen Vertretern Frankreichs und Großbritanniens sind Beratungen über die Zukunft des Ruhr- und Saargebietes im Gange.

Die Christliche Volkspartei, die Sozialdemokratische Partei und die Vereinigten Gewerkschaften des Saargebietes haben eine gemeinsame Erklärung an die Außenministerkonferenz gerichtet, in der es heißt: „Die Bevölkerung des Saargebietes hofft auf eine baldmöglichste wirtschaftliche Vereinigung mit Frankreich.“

Lieferung von Ruhrkohle an Italien

Washington, 3. Mai (AP). Die Vereinigten Staaten haben die europäische Kohlenorganisation aufgefördert, Kohle aus dem Ruhrgebiet für Italien abzugeben, um dort eine in diesem Monat drohende Transport- und industrielle Krise zu verhindern. Dies wurde am Mittwochabend von Regierungsbeamten bekanntgegeben.

Transatlantisch-Gespräch

Washington, 3. Mai (AP). Der Präsident der Vereinigten Staaten hat, wie der Privatsekretär des Präsidenten G. Ross Perdue bekanntgab, am Abend des 1. Mai ein 15-minütiges Transatlantisch-Gespräch mit Außenminister James F. Byrnes in Paris.

Paris, 3. Mai (AP)

Der amerikanische Außenminister Byrnes schlug auf der Mittwochung der Außenminister vor, eine Viermächte-Kontrollkommission einzusetzen, die den Friedensvertrag mit Italien im Allgemeinen und nicht nur die militärischen Klauseln des Vertrages, wie es im vergangenen September von den Außenministern in London vereinbart wurde, überwachen soll.

Der amerikanische Vorschlag wurde durch den britischen Außenminister Bevin unterstützt.

Der sowjetische Außenminister Molotow sprach sich gegen den amerikanischen Plan aus und erklärte, daß die Einsetzung einer alliierten Kontrollkommission eine Verletzung der italienischen Hoheitsrechte bedeute. Auf die Einwände Molotows hin schlug Byrnes vor, den Aufgabenbereich der Kontrollkommission auf die Überwachung der Ausführung der militärischen Klauseln des Friedensvertrags zu beschränken. Der amerikanische Außenminister Byrnes fügte hinzu, die Kommission solle ermächtigt werden, Italien auf die Dauer von 18 Monaten oder bis zum Zeitpunkt seiner Aufnahme in die Vereinten Nationen zu überwachen. Byrnes erklärte weiter, Amerika wäre bereit, die Zahl der Besatzungstruppen in Italien und Österreich auf je 15 000 Mann herabzusetzen. Amerika würde seine Truppen vollständig aus Italien zurückziehen, sobald der Friedensvertrag mit Italien unterzeichnet ist.

Jugoslawien erhält Pelagosa

Die Außenministerkonferenz beschloß am 2. Mai neben den regulären Plenarsitzungen jeweils kurze informatorische Besprechungen der vier Außenminister abzuhalten. An diesen Beratungen nahmen außerdem für jeden Außenminister zwei Berater teil.

Nach einer weiteren Entscheidung der Außenministerkonferenz werde die Insel Pelagosa in der Adria Jugoslawien zugesprochen. Italien behält

Die kritische Ernährungslage Deutschlands

Weitere zwei Jahre Knappheit zu erwarten — Die europäische Lebensmittellage

Berlin, 3. Mai (DANA). In einer Pressekonferenz erklärte heute Oberst B. Hester, Leiter der Nahrungsmittel- und Landwirtschaftsabteilung des Wirtschaftsamt der amerikanischen Militärregierung für Deutschland: Die kritische Ernährungslage Deutschlands werde noch weitere zwei Jahre anhalten. Die Lebensmittel würden auch in den nächsten Jahren knapp bleiben, denn nach jeder großen Katastrophe müsse ein Land für seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau mit einem Zeitraum von wenigstens drei Jahren rechnen.

Oberst Hester erklärte, es bestehe keine wirkliche Hungersnot in den einzelnen Zonen aber Unterernährung infolge der niedrigen Rationen — wenn die Deutschen eine Ration von 1000 bis 1100 Kalorien täglich erhielten, so könne man von einem verhältnismäßig erfolgreichen Jahr sprechen. Nicht rationierte Nahrungsmittel seien für die große Masse des Volkes nur in ganz unbedeutenden Mengen erhältlich.

Oberst Hesters Stellvertreter, Oberstleutnant Stanley Andrews, der kürzlich die amerikanische Besatzungszone zur Prüfung der Anbau- und Erntebedingungen bereiste und in allen drei Ländern die Lage mit deutschen Behörden besprach, erklärte, alles anbaufähige Land in der amerikanischen Zone sei zu bepflanzen. Während seiner Fahrt durch das Land habe er beobachtet, daß alle Bauern auf den Feldern mit Frauen arbeiteten, von denen drei auf einen Mann kämen. Es fehle auch an mehreren Feldarbeitern.

Die Verantwortung für die wirtschaftliche Höchstleistung liegt vor allem in den Händen der deutschen Behörden, sagte Oberstleutnant Andrews, aber die amerikanische Militärregierung hatte den größten Anteil an der Einfuhr von Saat. Alle für diese Jahreszeit erforderlichen Saaten wurden in der ganzen amerikanischen Zone rechtzeitig zur Anpflanzung verteilt.

Der andauernde Kohlenmangel ist nach den Feststellungen der Pressekonferenz eines der Haupt Hindernisse für die Erreichung landwirtschaftlicher Höchstleistung. Kohle ist erforderlich für die Fabrikation von Landmaschinen, den künstlichen Düngern, zum Transport und zur Verteilung der Erzeugnisse.

Oberstleutnant Andrews sagte u. a.: „Die amerikanischen Besatzungszone in Deutschland sei das Gebiet in Europa, das einen annähernd normalen Viehbestand habe. Die Schlachtung eines Teiles dieses Viehbestandes könne erforderlich werden, um Wiesen und Weiden zum Anbau von Getreide zu benutzen.“ Oberst Hester bemerkte hierzu: „Durch Einfuhr erhöhter Schlachtraten könne die Fleischration für die Deutschen gesteigert werden.“

Feier des 1. Mai in aller Welt

Die DANA meldet:

Paris. In Frankreich war der 1. Mai offizielle Feiertag. Auf dem Bastille-Platz fand eine große Kundgebung der Pariser Arbeiter statt. Die französischen Gewerkschaften traten für die Neugründung einer, deren Annahme am Samstag durch eine Volksabstimmung entschieden wird.

London. Die englischen Sozialisten haben beschlossen, die Feiernlichkeiten für den 1. Mai auf Sonntag zu verschieben. (AP)

Brüssel. Tausende von Menschen säumten die Straßen von Brüssel und jubelten den sozialistischen Ministerpräsidenten Achille van Acker zu, der die traditionelle Erste-Mai-Demonstration anführte. Die Zuschauer, unter denen sich viele Vertreter der jüdischen Organisationen in Belgien befanden, brachen in Rufe aus wie „Franco, der Mörder“ und „erschießt Franco!“ (AP)

Triest. Hier demonstrierten 50 000 Arbeiter mit jugoslawischen und italienischen Flaggen. Triester Freiheitskämpfer marschierten durch die Straßen.

Rom. In Rom versammelten sich am 1. Mai 30 000 Menschen auf der geschmückten Piazza del Popolo. Die Redner warnten die Arbeiter vor einer neuen Provokation des Faschismus. (AP)

Budapest. In der ungarischen Hauptstadt versammelten sich die Arbeiter mit der Forderung für eine Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. (AP)

Warschau. In Warschau und Lodz fanden am 1. Mai große Kundgebungen statt. Arbeiter trugen rote Fahnen mit Aufschriften, die den Vorsitzenden der polnischen Bauernpartei, Mikolajczyk, angriffen. (AP)

Moskau. Auf dem Roten Platz in Moskau fand am 1. Mai eine große militärische Parade statt, die acht Stunden dauerte und von Generalissimus Stalin und Marschall Konstantin Rokossovsky abgenommen wurde. Nahezu eine Million Menschen säumten die Straßen, die mit Fahnen und Transparenten geschmückt waren. Mehr als 400 Abgeordnete aus Frankreich, Bulgarien und der

Landesregierung von Tirol zurückgetreten

Wien, 3. Mai (DANA). Die Landesregierung von Tirol ist aus Protest gegen den Beschluß der Außenminister-Konferenz, Südtirol bei Italien zu belassen, zurückgetreten.

Noch immer Iran-Probleme

New York, 3. Mai (DANA). Das Sekretariat der Vereinten Nationen gab am Donnerstag bekannt, daß der Sicherheitsrat am kommenden Dienstag zu seiner nächsten Sitzung zusammenzutreten wird.

Der Rat wird, wie der Korrespondent des New Yorker Rundfunks meldet, auf dieser Sitzung erneut die iranische Frage im Hinblick auf die bis heute fehlende Zustimmung des Landes durch sowjetische Truppen behandeln. In der letzten Ratssitzung erklärte der sowjetische Delegierte Gromyko, er werde an keiner weiteren Sitzung über den Fall Iran teilnehmen. Es ist jedoch nicht sicher, ob von sowjetischer Seite ein Verzicht über den Abzug der Truppen abzugeben wird.

Protest gegen den Beschluß der Außenminister

Wien, 3. Mai (AP). In Tirol wurde nach einer Mitteilung der österreichischen Regierung am 2. Mai ein allgemeiner Streik ausgerufen. Nach dem gleichen Bericht kam es gleichzeitig im italienischen Teil Tirols zu Zusammenstößen zwischen Tiroler Bewohnern und italienischer Polizei.

Als Grund wurde der Beschluß der in Paris tagenden Außenminister angegeben, die sich gegen den Antrag Österreichs auf Wiedereinliederung Südtirols in die österreichische Republik aussprachen. Nach letzten Berichten des Pressevertreter der österreichischen Bundeskanzlei sind in Tirol seit Donnerstag früh sieben Uhr alle Läden mit Ausnahme der Bäckereien und Milchverteilungsstellen geschlossen.

DANA funkt: Aus aller Welt

Washington. Durch den bereits einen Monat andauernden Bergarbeiterstreik ist in den Vereinigten Staaten eine scharfe Herabsetzung der Kohlenexporte nach Europa notwendig geworden. Im April hätten die Kohlelieferungen in die befreiten Länder rd. 700 000 Tonnen ausgemacht und seien damit um etwa die Hälfte hinter der ursprünglich vorgesehenen Menge zurückgeblieben.

Washington. Der stellvertretende amerikanische Außenminister Dean Acheson erklärte auf einer Pressekonferenz, die Vereinten Staaten hätten die argentinische Regierung ersucht, hundert als gefährlich angesehene Nazis aus Argentinien nach Deutschland auszuweisen. Argentinien habe jedoch daraufhin nichts veranlaßt und auch keine Maßnahmen getroffen, um den Einfluß und die Bewegungsfreiheit dieser Nazis einzuschränken.

Washington. Wie von Regierungsbeamten mitgeteilt wurde, wird die Export-Import-Bank gegen Ende nächster Woche ein neues amerikanisches Kreditprogramm für Italien bekanntgeben, das sich auf mehr als 225 Millionen Dollar beläuft. Dieses Kreditprogramm soll der Finanzierung des italienischen Wiederaufbaus dienen.

New York. Frau Eleanor Roosevelt wurde am Montag zur Vorsitzenden des Ausschusses zur Wahrung der Menschenrechte innerhalb des Wirtschafts- und Sozialrates der Organisation der Vereinten Nationen gewählt.

In der ersten Sitzung des Ausschusses wurden die Ziele der Kommission dahingehend zusammengefaßt, daß man für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit kämpfen wolle und so künftige Kriege dadurch vermeide, daß man ihre Ursachen beseitige.

Amsterdam. Winston Churchill wird sich in der nächsten Woche nach Holland begeben, wo er den Ehrendoktor der Rechte der Universität Leiden erhalten wird. Churchill wird im Verlaufe seines Besuchs an einer Sitzung des niederländischen Parlaments teilnehmen.

London. Frankreich und England haben am Montag, den 29. April, ein neues Finanzabkommen unterzeichnet. Frankreich verpflichtet sich danach zur Zahlung seiner Gesamtschuld an England in Höhe von 110 Millionen Pfund Sterling bis 1. April 1949. Die Zahlung muß in Gold oder in Wertpapieren erfolgen, die auf der Londoner Börse gehandelt werden können.

London. Eine Gesetz zur Kontrolle der Forschung und Entwicklung der Atomenergie wurde am 1. Mai dem Parlament vorgelegt.

Paris. Die französisch-spanische Grenze, die nach einem besonderen Übereinkommen seit dem 25. März geöffnet war, um Franzosen und Spanier, die von der plötzlichen Schließung Anfang März im Ausland überrascht worden waren, die Möglichkeit zur Heimkehr zu geben, wurde am 30. April abends wieder gesperrt.

Wien. Toscanini erhielt eine Einladung des Bundeskanzler Figl, bei den Salzburger Festspielen mitzuwirken. In seiner Einladung schreibt der Bundeskanzler: „Wir sind überzeugt, daß Ihre Teilnahme an den Festspielen den Ruhm Oesterreicher Kultur in alle Welt tragen wird.“

Rom. Fünf maskierte und bewaffnete Männer drangen am 30. April in den Senderraum des römischen Senders ein, überwältigten die Angestellten der Radiostation und ließen die faschistische Nationalhymne spielen. Als ein Überfallkommando der Polizei auf der Station eintraf, waren die Täter bereits verschwunden.

Bukarest. Die rumänischen Regierungsparteien haben beschlossen, eine Einheitsliste aufzustellen. Außenminister George Tatarescu, der Führer der liberalen Partei, kündigte an, seine Partei wolle sich mit den anderen, die ebenfalls das Kabinett Gross unterstützen, zusammenschließen.

Barcelona. Eine Bombenexplosion zerstörte das Franco-Siegesdenkmal in Barcelona. In Madrid explodierte am Eingang eines falangistischen Gebäudes eine Bombe und richtete Schaden an.

Nanking. General George C. Marshall, der amerikanische Botschafter in China, traf am 30. April in Nanking ein, um die Verhandlungen über einen Waffenstillstand zwischen den Regierungen und den chinesischen Truppen fortzusetzen.

Manila. Der japanische Generalleutnant Takeshi Kono wurde von einem amerikanischen Militärgericht an dem Tode von 2500 bis 3000 Zivilisten auf den Panay-Insel für schuldig befunden und zum Tode durch den Erhängen verurteilt. Unter den Ermordeten befanden sich 47 Amerikaner.

Malfiezer des FDGB

Frankfurt, 3. Mai (DANA). Die Ideen der Freiheit des Völkerriedens, der Völkerverständigung und der Demokratie sind die Grundlagen des sozialistischen Lebens für die Zukunft des deutschen Volkes, sagte der Sekretär des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes Max Bock auf der Malfiezer der deutschen Arbeiter auf dem Gelände der Frankfurter Ortskassenkasse.

Die deutsche Arbeiterschaft sei bereit, gemeinsam mit ihren Brüdern in den anderen Ländern ihren Teil zu der Wiedergutmachung dessen beizutragen, was die Nazis angerichtet hätten. Insbesondere die Arbeiter seien dazu berufen, führte Max Bock weiter aus, die Grundlagen für den Wiederaufbau Deutschlands im Geiste einer wahren Demokratie zu schaffen und sich dadurch vor der Welt zu verbürgen, daß Deutschland wieder ein Mitglied der internationalen Völkergemeinschaft werde. Träger der Arbeiterbewegung seien heute wieder — wie auch vor 1933 — die Gewerkschaften, die bereit seien, die volle Last der Verantwortung mit zu übernehmen. Der Redner rief die Jugend auf, durch ihren Beitritt in die Gewerkschaften den Willen zu einem entscheidenden Anteil am Wiederaufbau zu zeigen.

Die Einheit Deutschlands müsse unter allen Umständen erhalten bleiben, erklärte Max Bock, denn sei eine wesentliche Voraussetzung für den Wiederaufbau.

Am Schluß der Kundgebung erklärte der Versammlungsleiter Paul Kronberger, daß sich die deutsche Gewerkschaftsbewegung, obgleich sie noch nicht Mitglied des Weltgewerkschaftsbundes sei, dennoch mit den Arbeitern in der ganzen Welt verbunden fühle.

Die spanische Frage

New York, 3. Mai (DANA). Der vom Sicherheitsrat ernannte Untersuchungsausschuss zur Untersuchung der spanischen Frage hielt am 1. Mai eine zwei-stündige Geheim Sitzung ab, in der das bereits vorliegende Unterlage- und Beweismaterial gegen das Franco-Regime eingehend überprüft wurde. Die Untersuchungsausschusses für die Spanische Frage wurden weitere Berichte zum spanischen Problem erörtert.

Insgesamt sind bisher 461 Telegramme und Schreiben von privaten Organisationen eingegangen. Laut einem Kommuniqué enthalten diese Zuschriften Klagen über Hinrichtungen und Terrorakte durch die spanische Regierung, Anträge auf Abbruch der diplomatischen Beziehungen und auf Verhängung eines diplomatischen Boykotts, Bestrafung der spanischen Kriegsverbrecher, Schutz gewähren, sowie allgemeine Feststellungen, daß Spanien den Frieden u. die Sicherheit bedrohe.

Die meisten Berichte fordern die Anerkennung der spanisch-republikanischen Exilregierung. Ein Teil befürwortet die Errichtung einer neuen spanischen Regierung auf Grund freier, demokratischer Wahlen.

Franco-Spanien und Hitler

Moskau, 3. Mai (DANA). Die Sowjetpresse veröffentlichte Dokumente, die das Bestehen eines Militärbündnisses zwischen Hitler, Deutschland und Franco-Spanien bestätigen. Während der Kämpfe um Berlin erbeuteten Erkundungsabteilungen der Roten Armee einen Teil des Archivs des Auswärtigen Amtes. Unter den Dokumenten wurde die Korrespondenz Ribbentrops mit dem deutschen Geschäftsträger in Spanien über die Unterzeichnung eines geheimen Militärprotokolls zwischen Spanien und Deutschland im Jahre 1943 gefunden. Das geheime Dokument ist am 2. Februar 1943 in Madrid unterzeichnet worden. Die gefundenen Dokumente zeigen, daß General Franco nicht nur persönlich Hitler-Deutschland im Krieg gegen die Alliierten unterstützte, sondern auch ein formelles Militärbündnis mit Hitler abschloß und sich verpflichtete, im gegebenen Augenblick in den Krieg gegen die Alliierten einzutreten.

Letzte Neuigkeiten

Paris, 4. Mai (AP). Der Ministerpräsident der spanischen Exilregierung Jose Giral wird am kommenden Montag nach London reisen. Er beschäftigt sich zweitägig mit dem Aufenthalt in der britischen Hauptstadt vorübergehend nach Paris zurückkehren und sich anschließend nach New York begeben. Seine Besuche dienen der Erledigung noch ausstehender Formalitäten zur Verlegung der spanischen Exilregierung von Mexiko City nach Paris.

Hamburg, 4. Mai (DANA). Alle 14 Angeklagten des Kriegsverbrecherprozesses gegen die Wachmannschaften und Aerzte des KZ Neuengamme wurden der Kriegsverbrechen, bezogen auf alliierten Staatsbürger im Konzentrationslager Neuengamme, für schuldig befunden. Elf Angeklagte wurden zum Tode durch den Strang verurteilt. Die drei weiteren Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 20, 15 und 10 Jahren. Zum Tode durch Erhängen wurden verurteilt: Der ehemalige Lagerkommandant Max Pauly, der ehemalige Lagerführer Anton Thumann, der ehemalige Lagerarzt Dr. Bruno Kitt, der ehemalige Rapportführer Willy Dreimann, die ehemaligen Blockführer Heinrich Ruxe, Willi Warneck, Johann Reese, Adolf Speck, Andreas Frens, der ehemalige Sanitätsdienststraf Wilhelm Bahr, der ehemalige Standortarzt Dr. Alfred Trzebinski.

Der ehemalige Adjutant Karl Thoma wurde zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Der ehemalige Wachführer Karl Wiedemann erhielt eine Gefängnisstrafe von 15 Jahren, der ehemalige Kommandoführer Walter Kimmel 10 Jahre Gefängnis.

Erneuerung der sozial- und arbeitsrechtl. Verhältnisse

Von David Stetter, Stuttgart.

Ministerialdirektor im Arbeitsministerium für Württemberg-Baden

Als am 2. Mai 1933 die deutschen Gewerkschaften besetzt, das Vermögen der Gewerkschaften beschlagnahmt und ihre Führer in Haft genommen wurden, verurteilten die Nazis zugleich die Gewerkschaften als „feindlich“ und verboten sie. Durch die Gewerkschaften wurde die soziale Arbeit in Deutschland begründet. Unter den Umständen, die sich heute ergeben, ist die Erneuerung der sozial- und arbeitsrechtl. Verhältnisse in Deutschland ein Lebenszeichen der deutschen Arbeiter. Die Erneuerung dieser Verhältnisse ist ein Lebenszeichen der deutschen Arbeiter. Die Erneuerung dieser Verhältnisse ist ein Lebenszeichen der deutschen Arbeiter.

Vom Arbeitsamt Württemberg wurden im Jahre 1944 wegen Verletzung ihrer Arbeitspflicht insgesamt 3675 Frauen, davon 1000 durch die ordentlichen Gerichte 3231 und 445 durch die Gestapo, davon kamen 101 in Schutzhaft, 186 in Erziehungsanstalt und 22 in KZ-Lager.

Bei den Männern wurden insgesamt 1069 Strafen verhängt, davon wanderten durch die Gestapo 50 in Schutzhaft, 77 in Erziehungsanstalt, 5 in Freiheitsstrafe ab.

So haben also in der Praxis die arbeitsrechtlichen Verhältnisse im Dritten Reich gesehen. Doch das sind nur Kleinigkeiten, gemessen an dem, was uns der Nationalsozialismus als Trümmerhaufen von unserer einst so gut ausgebauten Sozialversicherung hinterlassen hat. Greifen wir hier nur ein Beispiel heraus:

Die Landesversicherungsanstalt Württemberg verfiel vor dem Kriege über ein Vermögen von insgesamt 320 Mill. RM, das während des Krieges auf etwa 90 Prozent im Reichsdarlehenswesen und Anleihen des Reiches, der Länder und Gemeinden angelegt worden ist und zur Zeit, ja wahrscheinlich überhaupt nicht mehr flüssig gemacht werden kann. So wie hier sieht es natürlich im ganzen Reich und bei allen Versicherungsträgern aus. Man wird nicht zu hoch rechnen, wenn man den Verlust der Sozialversicherung, der durch den Hitlerkrieg entstanden ist, auf etwa 3 Milliarden RM ansieht.

Angesichts dieser Katastrophe muß man geradezu staunen, daß es in der letzten Zeit überhaupt möglich gewesen ist, Krankengeld, Unfall-, Invaliden- und Altersrenten auszahlen zu können; umso mehr, wenn man bedenkt, daß die Beitragsleistungen durch den Rückgang der Beschäftigtenzahl sich wesentlich vermindert haben. Natürlich darf bei alledem nicht verschwiegen werden, daß die Bezahlung der Renten lediglich nur möglich war, weil der Staat entsprechende Zuschüsse geleistet hat. Ein Umstand, der aber bei der sonstigen starken finanziellen Inanspruchnahme des Staatshaushalts auf die Dauer weder tragbar noch möglich sein wird, und damit kommt wir zu der Kernfrage des gesamten Problems, nämlich zu der künftigen Reform bzw. zu einem Neuaufbau unserer sozialen Gesetzgebung überhaupt. Uebrigens ist ein Kapitel von dessen Entwicklung, insbesondere die jüngere Generation, kaum eine richtige Vorstellung mehr machen kann. Ist es nicht doch vor nicht allzu langer Zeit einmal passiert, daß mir ein junger als sich ganz intelligenter Mensch erklärt hat, daß es vor 1933 soziale Einrichtungen in Deutschland nicht gegeben habe. Wie hat es also damit ausgesehen?

Nach vielen Vorläufen privater und gesellschaftlicher, zum Teil auch gewerkschaftlicher, Vereinigungen, die im Notfall ihre Mitglieder unterstützten, ist in Deutschland im Jahre 1833 die Krankenversicherung eingeführt worden. Es folgte die Einführung der Unfallversicherung im Jahre 1884, die Alters- und Invalidenversicherung im Jahre 1913, die Arbeitslosenversicherung im Jahre 1927, während für die Bergleute die Knappschaft und für Seeleute ebenfalls eine entsprechende Sonderversicherungsart eingeführt wurde.

Es sind also über 60 Jahre in die Geschichte einzugehen, seitdem in Deutschland von einer Sozialversicherungsgesetzgebung gesprochen werden kann. Nur soviel sei hier vermerkt, daß in diesem Kampf die deutschen Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei stets führend gewesen sind.

Was aber unsere Sozialversicherungsgesetzgebung von Anfang an belastet hat, das war die Vielseitigkeit ihres organisatorischen Aufbaus und ihre Zersplitterung in die verschiedensten Versicherungsarten. Wie bunt und unübersichtlich diese Dinge heute sind, ist aus folgender Darstellung ersichtlich:

In der deutschen reichsgesetzlichen Krankenversicherung haben wir noch folgende sieben Arten von Versicherungsarten: 937 Allgemeine und besondere Ortskrankenkassen, 380 Landknappschaften, 2875 Betriebskrankenkassen, 292 Invalidenkrankenkassen, 22 knappschaftliche Krankenkassen, 26 Ersatzkassen für Arbeiter und Angestellte, 1 Seckasse, zusammen also 4553 unmittelbare Träger der reichsgesetzlichen Krankenversicherung bei höchstens ca. 800 bis 900 Land- und Stadtkreisen.

Diese Zahlen geben einen Fingerzeig, wo bei dem künftigen Neuaufbau der Sozialversicherungsgesetzgebung begonnen werden muß, nämlich bei der Vereinfachung und Vereinheitlichung der Verwaltung. Ein weiterer Grundsatz muß sein, den Versicherungscharakter und die Selbstverwaltung zu erhalten und schließlich den Versicherten selbst zur Verfügung zu stellen, denn darüber dürfte es wohl kaum einen Zweifel geben, daß bei dem kommenden Aufbau unserer Sozialversicherung alle Teile der Bevölkerung dazu beitragen müssen, die schaffenden Menschen vor Not und Elend zu schützen. Der neue Staat muß ein sozialer Staat sein; ist er das nicht, dann wird es früher oder später zu schweren sozialen Auseinandersetzungen und Erschütterungen kommen. Wohlverordnete Rechte werden in Zukunft kein Privileg für einzelne Schichten der Bevölkerung mehr sein dürfen. Auch die Versicherten selbst sollten sich darüber klar sein, daß man zu Gunsten eines großen Ganzen auf Sonderrechte und liebverwöhnte Einrichtungen verzichten muß. Nur wenn das der Fall ist und in allen Teilen der Bevölkerung sich der Gedanke durchsetzt, daß Deutschland als sein wichtigstes Gut noch erhalten bleiben soll — die Arbeitskraft seiner schaffenden Menschen, nur dann wird es möglich sein, unserer darniederliegenden Wirtschaft wieder eine Grundlage zu geben, von der aus wir weiterbauen können.

Neben diesem sozialpolitischen Problem noch ein kurzes Wort zu dem arbeitsrechtlichen Aufbau der Zukunft. Die Amerikanische Militärregierung bzw. der Kontrollrat in Berlin hat kürzlich ein Arbeitsgerichtsrecht, eine Schlichtungskommission, eine Betriebsratsgesetzgebung, Abrogation von Arbeitsbestimmungen, die zu diesen Gesetzen noch notwendig sind, werden, darzulegen, daß das Arbeitsgerichtsrecht und die Schlichtungsordnung nicht allseitig in Bestandungen durch die Arbeiterschaft erfahren

Anglo-Amerikanische Palästina-Konferenz

Washington, 3. Mai. (DANA). Der Bericht der anglo-amerikanischen Palästina-Konferenz ist in London veröffentlicht worden, enthält 10 Empfehlungen, in denen ausgeführt wird:

1. Nach den Informationen, welche die Kommission in den besuchten Ländern mit Ausnahme von Palästina erhielt, besteht keine Hoffnung, daß Juden, die wünschen oder gezwungen sind, Europa zu verlassen, bei ihrer Suche nach einer neuen Heimat wesentliche Unterstützung finden werden. Palästina selbst kann jedoch nicht alle jüdischen Opfer festhalten, die sie aufnehmen. Die ganze Welt trägt die Verantwortung für sie und für alle Zwangsvertriebenen.
2. Die Kommission empfiehlt daher, daß die Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten gemeinsam mit anderen Ländern unverzüglich Maßnahmen treffen, um die Verschleppung ohne Rücksicht auf Religionszugehörigkeit oder Nationalität, deren Band mit der alten Heimat endgültig zerissen ist, Anstellungsmöglichkeiten zu finden.
3. Eine Auswanderung komme nur für einen Teil der Verschleppten in Frage. Die überwiegende Mehrheit werde in Europa leben müssen. Die Kommission schlägt daher vor, die Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten mögen die Sorge tragen, daß die Menschenrechte und die fundamentalen Freiheiten dieser Verschleppten gesichert werden.
4. Die Kommission bezieht die Rückgabe des Eigentums in Europa vertriebenen jüdischen Gemeinschaften als Angelegenheit von „hervorragender Bedeutung“.
5. Die Kommission schlägt vor, 100.000 jüdischen Opfern in Europa die Gerechtigkeit möglich zu machen, indem sie in Palästina einrichten lassen.
6. Gleichseitig wird empfohlen, die Lager, in denen sich die Verschleppten befinden, heute noch zu halten, und die Einwanderungsrichtlinien zu ändern, um den jüdischen Opfern, die sich heute in Deutschland und Österreich befinden, die Möglichkeit zu geben, nach Palästina zu emigrieren.
7. Die Kommission hält die Verwirklichung folgender Prinzipien für wesentlich:
 - a) daß in Palästina weder die Juden die Araber, noch die Araber die Juden beherrschen sollen;
 - b) daß Palästina weder ein jüdischer, noch ein arabischer Staat sein soll;
 - c) daß die künftige Regierungsform Palästinas die Rechte der Christen, Juden und Mohandem in gleichem Maße schützen und wahren soll. Die Einwohner sollten nach Maßgabe dieser Prinzipien in möglichst weitgehendem Maße von Selbstverwaltung besitzen. Angesichts der Tatsache, daß Palästina für drei Glaubensgemeinschaften ein Heiliges Land sei, dürfte dort das Prinzip der zahlenmäßigen Mehrheit nicht der entscheidende Faktor sein.
8. Der Kommission haben zahlreiche Pläne für die großangelegte landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung Palästinas vorgelegen. Die Kommission bezieht diese Pläne, die sich auf die Verbesserung der Qualität dieses einzelnen Plans zu beziehen. Wesentlich ist jedoch für das Gelingen solcher Pläne die Zusammenarbeit der „Jewish Agency“ mit den Regierungen der benachbarten arabischen Länder.
9. Im Interesse der Verbannung von Juden und Arabern und im Interesse einer allgemeinen Hebung des Lebensstandards in Arabien empfiehlt die Kommission eine Reform des jüdischen und arabischen Schulsystems sowie die Einführung des Schulzwangs. Die Ausgaben des Landes für die Erziehung müßten wesentlich erhöht werden. Der größte Teil dieser Ausgaben müsse für die arabischen Schulen verwendet werden. Das sei jedoch nur möglich, wenn der hohe Anteil des beträchtlichen jüdischen Erbes an der Unterhaltung von Terrorakten und illegaler Einwanderung sowie an

der Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung in Palästina wieder aufnehmen. Diese Maßnahme sei notwendig, um die Herrschaft von fast zehn Millionen Einwanderern zu ermöglichen.

Aus den in dem Bericht veröffentlichten Statistiken geht hervor, daß die jüdische Bevölkerung Europas vor der deutschen Herrschaft von fast zehn Millionen im Jahre 1939 auf knapp vier Millionen im Jahre 1946 zurückgegangen war.

Protest des arabischen Komitees

Jerusalem, 3. Mai. (AP). Das arabische hohe Komitee wies am Donnerstag in einem Schreiben an die britische Regierung die im Bericht der anglo-amerikanischen Palästina-Kommission enthaltenen Empfehlungen zurück und brachte zum Ausdruck, daß die Araber jetzt dazu übergehen würden, ihre Kräfte zu mobilisieren und alle Vorbereitungen für die Selbstverteidigung des Arabertums zu treffen.

Das Schreiben wurde dem britischen hohen Komitee für Palästina, Sir Alan Cunningham, zur Weiterleitung an Premierminister Attlee übergeben.

In einer Pressekonferenz in Kairo bezeichnete der Sekretär der arabischen Liga, Abul-Rahman Azzam Pascha, das Schriftstück als „Ultimatum“. Er erklärte weiter, er habe bereits den Gesandten Großbritanniens und der Vereinigten Staaten gegenüber auf die Gefährlichkeit der Situation hingewiesen, die entsünde, falls die in dem Bericht dargelegte Politik angenommen werde.

Die Weltreise zum Bericht des Palästina-Komitees

Bad Nauheim, 3. Mai. (DANA-Sonderdienst). Der Bericht des anglo-amerikanischen Palästina-Komitees wird von der Weltpresse und von führenden Persönlichkeiten, vor allem in Palästina selbst, eingehend kommentiert und zum Teil stark angegriffen.

Der Generalsekretär der arabischen Liga, Azzam Pascha, erklärte, der Bericht werde nicht zur Besserung der Beziehungen zwischen Großbritanniens und den arabischen Ländern beitragen.

Die „Palästina Post“, das führende Zionistenblatt, begrüßt die Feststellung des Komitees, daß ein Heim für die Juden nur in Palästina gefunden werden könne, während der rechtsgerichtete „Hoboker“ die Vorschläge als „unbarbarisch und nicht gerecht“ bezeichnet und das jüdische Arbeiterblatt „Ornanger Davar“ vor „verfrühtem Optimismus“ warnt.

Gegen Japans Kriegsverbrecher

Tokio, 3. Mai. (DANA). Vor einem internationalen Gerichtshof in Tokio beginnt am 3. Mai der Prozeß gegen 28 ehemalige leitende japanische Politiker und Militärs, die wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt sind.

Unter den Angeklagten befinden sich die vier ehemaligen Ministerpräsidenten, Hirotomi, Tojo, Kuniida und Hirota, sowie der ehemalige japanische Außenminister, Kato, der als „Täter“ in Japan dem Antikominternpakt beitrug. Ministerpräsident war, Baron Kido Hirobumi, Premierminister im Jahre 1939 und Jahrelang der Führer der reaktionären vaterländischen Gesellschaft, was ihm den Ruf als „Japaneser Faschist Nr. eins“ einbrachte. General Kato Saburo, Führer der Armee von Juli 1944 bis April 1945, früherer Chef einer Armee und Befehlshaber der Besatzungstruppen der Mandchurei.

Angeklagt sind ferner der frühere japanische Außenminister, Yonaka Matsuzaka, der am Abschluß des Drei-Mächte-Paktes mit Italien und Deutschland erheblichen Anteil hatte, Admiral Osumi Nagano, der zugegeben hat, den endgültigen Befehl zu dem Überfall in Pearl Harbor gegeben zu haben, General Kenji Dohira, der im Jahre 1941 als Vize-Präsident der Mandchurei von China nach Tokio kam, der im Jahre 1931 beteiligt war, General Shiro Ito, der frühere Chef des Stabes der Kwantung-Armee in Nordchina und Kriegsminister von 1933 bis 1939, später Chef des Stabes der Kommandeurs aller japanischen Armeen in China und der japanischen Streitkräfte in Korea, Marquis Kido, ein sozialistischer Freund und Berater Kaiser Hirohitos und Lordiegelbehälter von 1940 bis 1945, der auch die Ernennung Tojos zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen hatte, General Tahiro Uemura, der ehemalige Kommandeur der Kwantung-Armee, der im Jahre 1913 als Kriegsminister die Förderung der Mandchurei als „ultra-nationalistische Linie in die japanische Außenpolitik“ brachte und Hamon Shiranami, der frühere japanische Botschafter in London.

Der Prozeß von Tokio wird nach ähnlichen Richtlinien, wie sie für den Nürnberger Prozeß festgesetzt worden sind, durchgeführt werden. Die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verbrechen gegen den Frieden oder Führung eines Angriffskrieges, sowie die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, werden als internationale Verbrechen angesehen. Die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die Verbrechen gegen den Frieden oder Führung eines Angriffskrieges, werden als internationale Verbrechen angesehen.

Attentat auf General McArthur verurteilt

Tokio, 3. Mai. (AP). Das Alliierte Hauptquartier in Japan hat bekannt, daß eine Verschwörung General Douglas MacArthur rechtzeitig aufgedeckt worden konnte.

Zur Zeit werden Maßnahmen zur Erreichung der Verschwörung durchgeführt, deren Anführer der Japaner Hideo Tokuyama ist. Tokuyama ist, wie die Welt wissen will, ein japanischer Agent.

Die „Main-Post“ saet unter anderem zu diesem Fall: „Ehemalige politische Gefangene, Schutzflüchtlinge, wegen Heimtücklichkeit, Wehrkraftverweigerung, Betrug und anderen staatsfeindlichen Verbrechen. Die Verurteilung wird uns zusammen und reinen wir schenken nicht Gnade“.

Americanische Zone:
Stuttgarter. Wegen Verbreitung heimplündiger Gerüchte wurden am 30. April drei Personen von einem Militärgericht zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verurteilten hatten das Gerücht verbreitet, auf den schwarzen Märkten werde Menschenfleisch verkauft.

Nachrichten aus den Zonen

Amerikanische Zone:
Stuttgarter. Wegen Verbreitung heimplündiger Gerüchte wurden am 30. April drei Personen von einem Militärgericht zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verurteilten hatten das Gerücht verbreitet, auf den schwarzen Märkten werde Menschenfleisch verkauft.

Britische Zone:
Stuttgarter. 17 Eisenbahnräte mit 17.874 deutschen Ausgewiesenen von Unken und Tschechoslowaken traf, auf mandatsgemäß, ein, die Verurteilung zu vollziehen. Die Stuttgarter Militärregierung bekannt gab, dass der zwischenzeitlich verurteilte, auf mandatsgemäß, ein, die Verurteilung zu vollziehen. Die Stuttgarter Militärregierung bekannt gab, dass der zwischenzeitlich verurteilte, auf mandatsgemäß, ein, die Verurteilung zu vollziehen.

Stimme der Parteien

„Hier spricht die Union! Das ganze Volk hört es.“

Das ganze Volk erwidert!

Seit Donnerstag, den 2. Mai, ruft das 4. Plakat in der Plakatare der Christlich-Demokratischen Union die Einwohner der Stadt zur „Öffentlichen Aussprache“ auf. Es wendet sich an die Opfer des Dritten Reiches und des Krieges. Nachdem Plakat Nr. 2 die Verurteilung und Plakat Nr. 3 die Selbstverpflichtung der Deutschen zum Frieden, Handarbeit und Gewerbe ausgesprochen und grundlegende Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Richtlinien der Union vorgezogen hatte, nimmt Plakat Nr. 4 in vordringlicher sozialpolitischer Fragen Stellung und schließt damit den Kreis der Probleme, die uns das Stichwort „Soziale Fragen“ fallen.

Als Quintessenz der 3. Plakate ergibt sich folgende Feststellung: Im Mittelpunkt aller wirtschaftlichen und sozialpolitischen Überlegungen hat das Gemeinwohl zu stehen. Die Erfordernisse des Gemeinwohls regulieren den Ablauf des wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Soweit das Privateigentum und die selbständige Unternehmung das Gemeinwohl zu fördern vermögen, sollen sie nicht eingeschränkt werden. Im Gegenteil: eine kluge Staatsführung wird sich daran tun, die unternehmerische Tatkraft und Leistungsfähigkeit gerade durch die Wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Maßnahmen zu unterstützen, die die Entwicklung der privaten Wirtschaft zu ermöglichen, die die Entwicklung demokratischer Einrichtungen und einer demokratischen Regierungsform gewährleistet bleibt.

Einschränkungen für Verschleppte

Frankfurt, 3. Mai. (DANA). Verschleppte Personen aus acht westeuropäischen Ländern sollen, wie die amerikanischen Militärbehörden bekanntgaben, bis zum 15. Mai die amerikanische Zone Deutschlands verlassen, da sie sonst nicht länger durch amerikanische Behörden unterstützt werden können.

Der neueste schlechte Witz

Würzburg, 3. Mai. (DANA). Die Würzburger Zeitung „Main-Post“ vom 1. Mai bringt unter dem Titel „Kurioses der wendenden Demokratie“ eine Geschichte von der Heiligkeit der Demokratie, die politische „Gegensätze“ wälzt, darunter die Geschichte über den Fall eines Mannes, der von einem Nazi-gericht wegen Defaitismus verurteilt wurde, die Strafe nicht abblenden konnte und jetzt nach Recht besteht, daß er im Grunde zueist, ein „Gnadenzucht“ einzuziehen.

Der neueste schlechte Witz

Würzburg, 3. Mai. (DANA). Die Würzburger Zeitung „Main-Post“ vom 1. Mai bringt unter dem Titel „Kurioses der wendenden Demokratie“ eine Geschichte von der Heiligkeit der Demokratie, die politische „Gegensätze“ wälzt, darunter die Geschichte über den Fall eines Mannes, der von einem Nazi-gericht wegen Defaitismus verurteilt wurde, die Strafe nicht abblenden konnte und jetzt nach Recht besteht, daß er im Grunde zueist, ein „Gnadenzucht“ einzuziehen.

Der ehemalige Gauleiter Wagner zum Tode verurteilt

Strasbourg, 3. Mai. (DANA). Der ehemalige Gauleiter von Baden und Elsaß ist, wie BBC meldet, am Freitag von einem französischen Militärgericht in Strasbourg zum Tode verurteilt worden. Vier seiner Mitangeklagten wurden ebenfalls zum Tode verurteilt. Alle Verurteilten sind dem Morde und anderer Terrorakte während ihrer Amtszeit in Elsaß für schuldig befunden worden.

SPORT

Der KfV. benützte den Mittwoch zu einem Freundschaftsspiel gegen die Tabellennachzügler FC. Kalserslautern. Nach anfänglichen Leistungen...

Wiesental - Phönix Karlsruhe 0:5 (0:0) P.S. Der Gastgeber bewies erneut, daß er eine Elite mit solidem Können besitzt.

Die erste Halbzeit verlief ohne Torefolge. Dann holte der Rechtsaußen Karlsruher die Führung.

Gras stelle schließlich durch ein schönes fünftes Tor das Endresultat fest. Alle Sp.-V. Durlach - VfB. Mühlburg 3:2. Nach den schönen Erfolgen an den letzten Spieltagen...

Ein Endspieltipp: VfB. Durlach - VfB. Mühlburg 3:3. bilde den richtigen Aufschlag. Mühlburg hat sich viel vorgenommen...

Oberrhein. KfV. - Kickers Stuttgart; VfB. Stuttgart - Phönix Karlsruhe; FC. Nürnberg - Schwaben Augsburg.

Landesliga. VfB. Mühlburg Sandhofen (11 Uhr) Mühlburger (Sportplatz), Knielingen Feudenheim (11 Uhr) Vierheim - Daxlanden.

TuS 1864 Beiertheim - Stuttgarter Kickers. Nach dem heftigen und bayerischen Meister, Offenbacher Kickers...

DIE WIRTSCHAFT

Lebensversicherungsfrage in Karlsruhe. Alle Erlöse, die von den verantwortlichen Männern der Lebensversicherung...

tion der französischen Militärregierung, Kommandant Dr. J. Colb, begrüßt werden.

Die Arbeit der folgenden Tage wurde eröffnet mit einem Bericht von Dr. Müller (Hanover) über die Finanz- und Währungsfragen...

Die Erlöse, die von den verantwortlichen Männern der Lebensversicherung angeht...

Die Versicherungswesen in der russischen Zone. Eine Einladung der Stadtverwaltung versammelte die Teilnehmer am 30. 4. zu einem gemeinsamen Vorabend...

Gottesdienste. Evang.-luth. Gemeinde, Bismarckstr. 1: Sonntag 10 Uhr. Die Christengemeinde Karlsruhe, Samstag, den 4. Mai 1946...

Familienangelegenheiten. Hans Knobloch, Schil. d. Humboldtstr. Wir erhebt, jetzt Nefte u. 25. 4. 1946, abhandelt...

Als Verlobte: Trudl Wehler, Hermann Kammerlander, Tech. Zeichner, Karlsruhe, Md. 1946.

Verbestellung für Eier. Zum Zwecke der Verbestellung sind aufgeführt: Ammeldeabschnitt IV der im Gebiet Baden (US-Zone)...

Ameliche Bekanntheitsanzeigen. Vorbestellung für Eier. Zum Zwecke der Vorbestellung sind aufgeführt: Ammeldeabschnitt IV der im Gebiet Baden (US-Zone)...

ADGG Karlsruhe, Gruppe kaufm. u. techn. Angestellte. Sprechstunden für kaufmännische u. technische Angestellte...

Stellenangebote. Chem. Ing., od. Chem. Techn. Org. u. Abw., Lebnal., Licht., Gehaltsansprüche...

Handwerksangelegenheiten. Möbelkaufmann, 24 J., mit Fachschulbildung, neu zu einem all. vorkomm. Arb., sucht pass. Stelle...

Stellenangebote. B.K.G. Bezirksstellen. Der Bund der Kriegsschadensgegner hat nach amerikanischer Zone...

Veranstaltungen. Palastlichtspiele (Herrenstr.). Bis 17. 5. 46: 'Abend Linden in Hohenhausen'...

Verfahren / Gekunden. Brille i. schw. Futural verpasst. Bekanntheit gesucht. Betz, Khe., Oberstadt 23.

Heirat. Sibb. Halketick, Blätter 2 2 Türks (Andenken). Abzugeben Sternbergstr. 3, I. links (Belongung).

Stellenangebote. Chem. Ing., od. Chem. Techn. Org. u. Abw., Lebnal., Licht., Gehaltsansprüche...

Handwerksangelegenheiten. Möbelkaufmann, 24 J., mit Fachschulbildung, neu zu einem all. vorkomm. Arb., sucht pass. Stelle...

Stellenangebote. B.K.G. Bezirksstellen. Der Bund der Kriegsschadensgegner hat nach amerikanischer Zone...

Veranstaltungen. Palastlichtspiele (Herrenstr.). Bis 17. 5. 46: 'Abend Linden in Hohenhausen'...

Verfahren / Gekunden. Brille i. schw. Futural verpasst. Bekanntheit gesucht. Betz, Khe., Oberstadt 23.

Heirat. Sibb. Halketick, Blätter 2 2 Türks (Andenken). Abzugeben Sternbergstr. 3, I. links (Belongung).

Verfahren / Gekunden. Brille i. schw. Futural verpasst. Bekanntheit gesucht. Betz, Khe., Oberstadt 23.

Stellenangebote. Chem. Ing., od. Chem. Techn. Org. u. Abw., Lebnal., Licht., Gehaltsansprüche...

Handwerksangelegenheiten. Möbelkaufmann, 24 J., mit Fachschulbildung, neu zu einem all. vorkomm. Arb., sucht pass. Stelle...

Stellenangebote. B.K.G. Bezirksstellen. Der Bund der Kriegsschadensgegner hat nach amerikanischer Zone...

Veranstaltungen. Palastlichtspiele (Herrenstr.). Bis 17. 5. 46: 'Abend Linden in Hohenhausen'...

Verfahren / Gekunden. Brille i. schw. Futural verpasst. Bekanntheit gesucht. Betz, Khe., Oberstadt 23.

Heirat. Sibb. Halketick, Blätter 2 2 Türks (Andenken). Abzugeben Sternbergstr. 3, I. links (Belongung).

Verfahren / Gekunden. Brille i. schw. Futural verpasst. Bekanntheit gesucht. Betz, Khe., Oberstadt 23.

Stellenangebote. Chem. Ing., od. Chem. Techn. Org. u. Abw., Lebnal., Licht., Gehaltsansprüche...

Handwerksangelegenheiten. Möbelkaufmann, 24 J., mit Fachschulbildung, neu zu einem all. vorkomm. Arb., sucht pass. Stelle...

Stellenangebote. B.K.G. Bezirksstellen. Der Bund der Kriegsschadensgegner hat nach amerikanischer Zone...

Veranstaltungen. Palastlichtspiele (Herrenstr.). Bis 17. 5. 46: 'Abend Linden in Hohenhausen'...

Verfahren / Gekunden. Brille i. schw. Futural verpasst. Bekanntheit gesucht. Betz, Khe., Oberstadt 23.

Heirat. Sibb. Halketick, Blätter 2 2 Türks (Andenken). Abzugeben Sternbergstr. 3, I. links (Belongung).

Verfahren / Gekunden. Brille i. schw. Futural verpasst. Bekanntheit gesucht. Betz, Khe., Oberstadt 23.

Verfahren / Gekunden. Brille i. schw. Futural verpasst. Bekanntheit gesucht. Betz, Khe., Oberstadt 23.

Heirat. Sibb. Halketick, Blätter 2 2 Türks (Andenken). Abzugeben Sternbergstr. 3, I. links (Belongung).

Verfahren / Gekunden. Brille i. schw. Futural verpasst. Bekanntheit gesucht. Betz, Khe., Oberstadt 23.

Verfahren / Gekunden. Brille i. schw. Futural verpasst. Bekanntheit gesucht. Betz, Khe., Oberstadt 23.

Verfahren / Gekunden. Brille i. schw. Futural verpasst. Bekanntheit gesucht. Betz, Khe., Oberstadt 23.